

Strafanzeige zu struktureller Behördenwillkür in Sachsen (Auszug aus einer Pressemitteilung)

Ein Bürger hat Strafanzeige bei der Dresdner Staatsanwaltschaft gegen den Amtsleiter der Dresdner Straßenverkehrsbehörde, **Prof. Reinhard Koettnitz**, den Ordnungsbürgermeister, **Detlef Sittel**, den Oberbürgermeister, **Dirk Hilbert** und gegen den Referenten für Kommunalwesen der Landesdirektion Sachsen, **Udo Bauschke**, wegen gemeinschaftlicher (struktureller) Willkür und Strafvereitelung im Amt gestellt.

Es geht um Bürgerschikane, systematische Rechtsbeugung, routiniertes amtliches Lügen, künstliche Reduzierung von Parkraum, Parkraumbewirtschaftung entgegen öffentlichen Belangen, mafiose Bußgeldeintreibung, Diskreditierung der Bürger, Aktenmanipulation, Nötigung zum Fallenlassen von Anzeigen und Auskunftsverlangen zur Aufklärung von Straftaten, systematische Strafvereitelung im Amt und weitere brisante Straftatbestände.

Das über einen Zeitraum von fünf Jahren begleitete und damit - unstrittig (!) - repräsentative Arbeitsbeispiel Dresdner und sächsischer Verwaltungsarbeit dokumentiert ein unverschämtes, rechtsstaatswidriges Behördenhandeln – den Zerfall von Rechtsstaatlichkeit. Es belegt, aus der Sicht des Bürgers, der hier seine persönliche Meinung aufgrund seiner eigenen Erfahrungen anhand der, der Strafanzeige beigefügten, Beweislage wiedergibt, dass im Freistaat Sachsen weder eine rechtsstaatliche Verwaltungsarbeit, noch eine rechtsstaatliche Dienstaufsicht gewährleistet ist. Dies ist nicht nur, wie die jüngsten Bundeswehrskandale belegen, in der deutschen Bundeswehr so, sondern, wie das vorliegende Arbeitsbeispiel ausführlich belegt, in kommunalen deutschen Behörden ebenso. Über sämtliche Führungsebenen hinweg. Vom Amtsleiter, über den Oberbürgermeister, bis hinauf zur Landesdirektion.

Der Bürger spannt den Bogen weiter: „Wie im Kleinen, so im Großen“.

So, wie im vorliegenden Arbeitsbeispiel über Jahre hinweg, über sämtliche Verwaltungsebenen, systematisch geltendes Recht gebeugt und gelogen wird, die Sachverhalte vorsätzlich immer und immer wieder falsch dargestellt werden, womit sich die involvierten Führungskräfte in ihrem skrupellosen Handeln immer wieder gegenseitig decken, so ist es auch im Großen:

Das Establishment in Politik und Verwaltung deckt sich auf sämtlichen Ebenen und macht es Bürgern, die Aufklärung zu behördlichem Unrecht fordern, unmöglich, auf dienstrechtlichem, rechtsstaatlichem Weg eine Strafverfolgung zu erreichen.

Genauso verlogen läuft es dann auch bei der Darstellung und Behandlung globaler Konfliktherde, wie zum Beispiel der, für den Beschwerdeführer mittlerweile unerträglichen, abscheulichen und gefährlichen Kriegshetze gegen Russland und andere Staaten. Es wird in den westlichen Systemen gelogen und falsch dargestellt, dass sich nur so die Balken biegen.

So, wie anhand dieses alltäglichen, unbestritten repräsentativen Arbeitsbeispiels belegt, das System auf der untersten, der kommunalen Ebene, skrupellos lügt, falsch darstellt, geltendes Recht beugt und Menschen, die versuchen, etwas dagegen zu unternehmen, verhöhnt und diskreditiert, so tut es das auch auf höchster Ebene.

Aber „Das System“ ist nicht imaginär. Es stecken Menschen dahinter, die vorsätzlich, mit höchster krimineller Energie, Unrecht und Straftaten begehen.

Es ist es das Anliegen dieser Strafanzeige, im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse der Aufrechterhaltung von Rechtsstaatlichkeit in Deutschland, die hier dokumentierte, unfassbare Behördenwillkür von der Staatsanwaltschaft untersuchen zu lassen, die Schuldigen endlich zur Rechenschaft zu ziehen und somit ein Stück der so gern proklamierten, deutschen Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen.

In den Medien wird immer wieder die Frage gestellt, warum es gerade in Dresden und Sachsen so viele „Wutbürger“ gibt. Der vorliegende Fall zeigt, warum das so ist: Die Behörden missbrauchen ihre Macht höhnisch gegen die Bürger. Diese erfahren immer öfter, dass der Rechtsstaat nur auf dem Papier und in den System-Medien existiert. Nicht jedoch im alltäglichen Leben. Dort ist es quasi unmöglich, Straftatbestände unverschämten Behördenhandelns rechtsstaatlich, nämlich über die zuständigen Dienstaufsichten, aufklären zu lassen.

Es ist zwischen den Verfahrensbeteiligten unstrittig, dass es sich bei diesem, über sämtliche kommunalen Verwaltungs- und Dienstaufsichtsebenen geführten Verfahren, nicht etwa um einen bedauerlichen „Ausrutscher“ eines Mitarbeiters einer einzelnen Behörde handelt.

Es handelt sich unstrittig um ein *repräsentatives* Arbeitsbeispiel regelmäßig so gehandhabter und auch für die Zukunft solcherart angestrebter Verwaltungsarbeit in Dresden und Sachsen.

Die unüberwindliche Diskrepanz zwischen Bürger und Behörden besteht nicht im Bestreiten der Sachverhalte. Sondern in der rechtlichen und sittlichen Wertung dieser behördlichen Arbeitsweise:

Was für die betroffenen Bürger unfassbare Behördenwillkür, vorsätzliche Bürgerschikane, Lügen, Rechtsbeugungen, vorsätzliche Falschdarstellungen Nötigung und mithin arroganter Machtmissbrauch in über 50 ausführlich bewiesenen Amtsdelikten innerhalb eines einzigen Arbeitsbeispiels ist – ein klarer Beleg zerfallender Rechtsstaatlichkeit – qualifizieren die beteiligten Dresdner und sächsischen Behörden – konkret: die in dieser Strafanzeige beschuldigten Führungskräfte - als nicht zu beanstandende, deutsche Behördenarbeit.

Es ist das Anliegen dieser Strafanzeige, durch die Staatsanwaltschaft klären zu lassen, ob es sich bei einem solchen Behördenhandeln in Deutschland tatsächlich um eine angestrebte Verwaltungsarbeit handelt. Dann ist dieser Staat für den Verfasser kein Rechtsstaat. Oder aber, ob es in Deutschland für einen Bürger mit gigantischem Arbeitsaufwand (inzwischen mehrere hundert Seiten Schriftverkehr) noch möglich ist, einen solchen Behördenhorror entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften zur Verfolgung von Straftaten in der Lebenswirklichkeit verfolgt zu bekommen.

Bis zum heutigen Zeitpunkt nicht. Die Behörden können mit den Bürgern umspringen, wie sie wollen. Und das wissen sie offenkundig auch ganz genau.

Sie haben von den, das Recht ebenfalls skrupellos beugenden und die Sachverhalte ebenfalls immer und immer wieder vorsätzlich falsch darstellenden Dienstaufsichten absolut nichts zu befürchten und selbst vor strafrechtlicher Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft offensichtlich keinerlei Respekt.

[Anmerkung: der Text im vollen Wortlaut kann auf Anfrage gerne bei uns angefordert werden].